

den Industriestaaten, der mit der Einschränkung oder der Beseitigung der Menschenrechte einhergeht, nichts Neues. Alte Sichtweisen und Wertesysteme werden wiederbelebt und zur Verteidigung aktueller Machtpositionen genutzt.

Die Entrechtung von Menschen durchzieht die Geschichte vermeintlich entwickelter Gesellschaften seit dem Altertum wie ein roter Faden. Wer die Demokratie der griechischen Stadtstaaten eine Errungenschaft nennt, ohne auf die damalige Sklavenkultur einzugehen, vernebelt geschichtliche Zusammenhänge und schwächt die gesellschaftlichen Kräfte, die notwendig sind, Faschismus oder einen rassistischen Nationalismus abzuwehren. Ich habe mich als Journalist mit der aktuellen Politik der westlichen Staaten beschäftigt und auch Menschenrechtsverletzungen durch Soldaten dargestellt. Doch erst nach meinem Berufsleben wurde mir bewusst, dass Menschenrechtsverletzungen in der Regel einem bestimmten Schema folgen. Viele nehmen sie wegen eines neuen Wertesystems hin, weil sie ihr altes aus Eigeninteresse geändert haben. Menschenleben und Menschenwürde werden unterschiedlich gewertet.

Das Scheitern westlicher Politik im Mittleren Osten steht im Mittelpunkt des Buches. Heute führe ich dieses Scheitern nicht mehr nur auf einzelne Fehler von Militärs und Politikern zurück, sondern begreife es als Ausdruck einer grundsätzlich falschen Politik. Es markiert einen Wendepunkt der gesamten globalen Politik. Zurückblickend wird nämlich deutlich, dass den westlichen Industriestaaten inzwischen die Kraft fehlt, ihre Ziele im Orient mit Gewalt durchzusetzen. Der Kolonialismus wurde zwar durch eine neue Vorherrschaft der westlichen Industriestaaten abgelöst, doch auch diese neigt sich derzeit ihrem Ende zu.

Neokolonialismus scheint mir einer der passendsten Begriffe für diesen geschichtlichen Abschnitt vom Ende der Kolonialherrschaft bis heute zu sein. Das militärische Scheitern beim Versuch, die eigene Vormachtstellung mit Waffeneinsatz zu verteidigen, betrifft zwar vor allem die Vereinigten Staaten, doch die Mehrheit der EU-Staaten hat sich an dieser Politik beteiligt und folgt bis heute dem militärischen Vorgehen der USA. [7]

Diese haben bislang weltweit die Interessen der westlichen Industriestaaten vertreten und mit ihren militärischen und politischen Kräften auch durchsetzen können. Die Bundesrepublik Deutschland beginnt erst, aus dem Schatten der USA zu treten, seit klar ist, dass deren Stärke nicht mehr ausreicht. Vielfach wird eine weitere europäische Einigung als Schritt gesehen, diese Interessen ohne die Vereinigten Staaten durchsetzen zu können. Solange ein Eintreten für die Einigung Europas nicht mit Forderungen nach Verzicht auf militärische Stärke einhergeht, handelt es sich um klassische Machtpolitik. Die großen Medien in Deutschland haben ihre Kritik an den USA seit dem Amtsantritt Trumps verstärkt. Damit tragen sie dazu bei, eine Stimmung anzuheizen, bei der ein starkes deutsches Auftreten, auch als Militärmacht, immer wichtiger wird.

Statt Hintergründe und Ursachen für die laufenden Veränderungen darzustellen, verspotten Medien Trump oder zeigen die Sprunghaftigkeit seiner Politik. Das ist leicht verdauliche Kost. Auch wenn es damit gelingt, Auflagen und Quoten zu steigern, geben die Medien mit derartigen Berichten dem aufkommenden Nationalismus zumindest Raum, statt die ihr zugrunde liegende, verhängnisvolle Wendung aufzudecken. [8] Bis zur Ermordung George Floyds wurde Trumps Politik nur in Ausnahmefällen als eine im Kern rassistische und nationalistische beschrieben. Stattdessen spüren die Medien nur offensichtliche Widersprüche und extreme Unstimmigkeiten auf. [9]

Derartig oberflächliche Darstellungen habe ich vor Jahren im Orient erlebt. Kolleginnen und Kollegen haben den Einsatz der US-Streitkräfte in den Medien oft kritisiert, aber über gleiches oder ähnliches Auftreten deutscher Einheiten wiederholt nicht berichtet oder deutsche Soldaten gar als reine «Helfer in Uniform» dargestellt. Der immer größeren Rolle des Militärischen steht die zunehmende Oberflächlichkeit der Medien gegenüber, die dazu führt, dass bedeutende Konflikte nicht mehr richtig verstanden werden können.

Besonders deutlich werden diese Veränderungen bei der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus. Statt die eigene

Mitverantwortung bei dessen Entstehung zu erkennen, wird im militärischen Einsatz, im sogenannten «Krieg gegen den Terror», eine Art Allheilmittel gesehen. Die Logik einer derartigen Politik führt zu einer weltweiten Ausbreitung des Terrorismus und damit geradezu zwangsläufig zu weltweiten Militäreinsätzen. Deren steigende Zahl im Ausland erfolgt nicht allein aus der Zunahme dortiger Konflikte. Vielmehr muss sie als Ausdruck der Bereitschaft seitens der Regierenden gesehen werden, am Krieg gegen den Terrorismus teilzunehmen und Konflikte im Ausland mit militärischen Mitteln zu lösen.

Auch in diesem Bereich entspricht die Politik von Trump einem internationalen Trend. Es ist nur konsequent, wenn er den Mitarbeiterstab im Außenministerium der USA und die Zahl der Mitarbeiter im diplomatischen Dienst ausdünn, während gleichzeitig die Militärausgaben steigen. Diese Militarisierung der Politik gefährdet den Frieden, obwohl der US-Präsident immer wieder betont, keine neuen Kriege führen zu wollen. Seine Aussagen deuten darauf hin, dass die USA im «Krieg gegen den Terror» überfordert sind. Gleichzeitig zeigen der Ausbau und der Einsatz des Militärs aber auch, dass Trump in der Tradition steht, die politischen Ziele der USA mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

Trumps Drohungen gegen Iran sind Ausdruck dieser gefährlichen Position. Doch gerade im Verhalten des Präsidenten gegenüber Iran zeigt sich die Beständigkeit der US-Politik seit Jahrzehnten. Drohungen und Sanktionen sind nicht neu. Sie begannen nach dem Sturz der prowestlichen Schah-Monarchie. Auslöser war die Besetzung der US-Botschaft im November 1980. Doch war diese Politik von Beginn an ein zugleich stumpfes und zweischneidiges Schwert in den Händen der größten Weltmacht.

Erst unter Trump errichteten die USA ein Sanktionsregime, das Iran zu lähmen droht. Zuvor hatten Sanktionen eher dazu beigetragen, dass sich die iranische Wirtschaft entwickeln konnte. Seit 1980 stufenweise verschärfte Maßnahmen haben das Land vom Weltmarkt getrennt und dadurch eine gewisse Eigenständigkeit erzwungen. Im Bereich der Politik haben sie das Gegenteil von dem bewirkt, was erreicht werden sollte. Statt

die Führung zu einer Änderung ihrer politischen Linie zu bringen, wurden die Politiker in Teheran nur in ihrer Unnachgiebigkeit bestärkt. Damit ist den Vereinigten Staaten sogar ein militärischer Gegner erwachsen. Iran hat auf militärischen Druck aus Washington mit einer dauernden Verfeinerung seiner Mittel reagiert und will der militärischen Supermacht USA asymmetrisch, also durch die Entwicklung ungleicher Kampfformen begegnen. Ähnlich wie sein amerikanischer Gegenspieler nimmt Iran dabei keine Rücksicht auf die Unabhängigkeit und die Unantastbarkeit von Staaten im Orient.

Langfristig werden die USA diese Politik der Machtdemonstrationen und der politischen Einschüchterungen nicht durchhalten können. Ob das Ende ihrer Vormachtstellung aus einem Zermübungskrieg gegen Iran, einer Aufkündigung der politischen Gefolgschaft durch die Industriestaaten Europas oder einfach aus fehlender wirtschaftlicher und militärischer Macht erfolgt, lässt sich derzeit nicht vorhersagen. Mit dem Abbau der militärischen Brückenköpfe der USA im Orient hat Präsident Barack Obama einen Rückzug eingeleitet. Trumps Verstärkung der US-Streitkräfte im Orient ist eine vorübergehende Maßnahme und ein Rückfall in alte Verhaltensmuster, selbst wenn es zu einem Krieg gegen Iran kommen sollte.

Derartige Veränderungen werden durch die neuen Entwicklungen auf dem Weltölmarkt und die damit veränderten Interessen der Vereinigten Staaten beschleunigt. Der Wandel im Auftreten in der Golfregion ging mit dem Verlust der weltweiten Vormachtstellung der USA einher. Die Volksrepublik China dürfte versuchen, diese frei gewordene Stellung zu übernehmen. Eine neue Weltordnung kann aber auch zur Bildung regionaler Zentren führen, die ihre Widersprüche durch Verhandlungen und eben nicht, wie in der Geschichte bisher üblich, durch Kriege lösen. Persönlich halte ich eine derartige Entwicklung für unwahrscheinlich. Zum einen werden die USA ihre Positionen sicher nicht kampflos räumen. Zum anderen werden die jetzt aufstrebenden Mächte nicht bereit sein, ihren Reichtum für einen Ausgleich weltweiter Gegensätze aufzugeben.

Das Scheitern der westlichen Politik im Orient

Mit den Anschlägen auf die beiden Türme des World Trade Center in New York am 9. September 2001 begann ein neues Kapitel internationaler Politik. Es ist geprägt vom Kampf gegen den Terrorismus, der von den Industriestaaten des Westens als Krieg geführt wird. US-Präsident George W. Bush startete ihn, als er seinen Streitkräften den Befehl gab, Afghanistan deshalb anzugreifen, weil die Taliban-Regierung sich weigerte, Osama Bin Laden, den Führer von Al-Kaida, auszuliefern.

Die Aussichten auf einen schnellen militärischen Erfolg gegen die im Land unpopulären Taliban machten es für Präsident Bush einfach, den Krieg zu beginnen. Dabei sind in den letzten zweihundert Jahren sowohl die britischen Truppeneinmärsche als auch die sowjetische Besetzung in Afghanistan gescheitert. Möglicherweise hat der US-Präsident den Angriffsbefehl aber auch überhastet gegeben, weil der Nachrichtensender CNN bereits Stunden nach den Anschlägen auf das World Trade Center seine Dauerberichterstattung unter das Motto «America at War» gestellt hatte. Die USA standen unter Druck, militärisch zu reagieren, und entschlossen sich zum Afghanistankrieg, auch wenn sich unter den Attentätern des 11. September kein Afghane befand. Sie machten die Regierung in Kabul mitverantwortlich, weil sie Al-Kaida Gastrecht im Land gewährt hatte. [1]

Zwei Jahre später, am 20. März 2003, folgte der Krieg gegen den von Saddam Hussein und der Baath-Partei beherrschten Irak. Die US-Regierung setzte auf einen schnellen militärischen Erfolg, der mit dem leichten militärischen Sieg in Afghanistan vergleichbar sein sollte. Doch anders als beim Vorstoß gegen die Taliban blieben die USA weltweit politisch isoliert. Sie konnten die Mitglieder des Weltsicherheitsrats nur durch ein Lügengebäude davon abhalten, eine Resolution gegen den Krieg zu verabschieden. [2] Sechs Wochen nach dem Angriff auf Irak, am 1. Mai, nannte Präsident Bush an Bord des Flugzeugträgers